

Zusammen. Für Kunst, Kultur und soziale Rechte – für alle.

Forderungen des KULTURRAT ÖSTERREICH

Anlässlich der neuen Legislaturperiode regen wir dringend an, nachfolgende Forderungen in den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen. Den einzelnen Forderungspunkten haben wir Argumente für deren Umsetzung hinzuge stellt. Wir haben uns dabei auf drei zentrale Aspekte fokussiert:

- Einkommen und soziale Absicherung
- Kunst-/Kulturförderung und -verwaltung
- Kulturelle Vielfalt

Der Kulturrat Österreich ist der Zusammenschluss der Interessenvertretungen von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden und eine Plattform für spartenübergreifende kulturpolitische Anliegen und Ziele, um diese gemeinsam gegenüber Politik, Medien und Verwaltung zu vertreten. Darüber hinaus agiert der Kulturrat Österreich als Schnittstelle zu europäischen und globalen Organisationen und Netzwerken (z.B. Culture Action Europe, UNESCO).

Mitglieder des Kulturrat Österreich sind:

- # ASSITEJ Austria – Junges Theater Österreich
- # Berufsvereinigung der Bildenden Künstler Österreichs
- # Dachverband der Filmschaffenden
- # IG Bildende Kunst
- # IG Freie Theaterarbeit
- # IG Kultur Österreich
- # Österreichischer Musikrat
- # IG Übersetzerinnen und Übersetzer
- # Verband Freier Radios Österreich
- # VOICE - Verband der Sprecher und Darsteller

Sicherung von Einkommen und soziale Absicherung von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden

Einführung eines UrheberInnenvertragsrechts
... um die Verhandlungsposition von UrheberInnen für eine angemessene und faire Beteiligung an der Verwertung ihrer Werke zu stärken.

Förderung der Entwicklung von Honorarempfehlungen u.ä. von Interessenverbänden der kreativen Berufe, sowie deren Verankerung in der Kunst- und Kulturförderung und -verwaltung; Einhaltung von Honorarstandards als Fördervoraussetzung
... um Unterzahlung und Honorardumping zu verhindern bzw. um den Handelnden (AuftraggeberInnen wie AuftragnehmerInnen) ein Instrumentarium für die Planung in die Hand zu geben.

Ausbau der Zuschüsse aus dem Künstler_innensozialversicherungsfonds zu Sozialversicherungsbeiträgen

... um der prekären Situation von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden entgegenzuwirken und für einen fairen Ausgleich zwischen Auftraggeber_innen und Nutzer_innen der Arbeit von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden zu sorgen.

Erleichterungen bei der Anwartschaft zum Arbeitslosengeld für Berufe mit typischerweise kurzen Beschäftigungsverhältnissen

... damit alle, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, auch tatsächlich eine Chance haben, im Bedarfsfall auf diese Versicherungsleistung zurückzugreifen.

... z. B. durch Ausweitung der Rahmenfrist und/oder doppelte Zählung von Kurzanstellungstagen.

Ausweitung der Ruhendmeldung der Pflichtversicherung für alle sog. Neuen Selbstständigen
... um gleiche Rechte für alle SVA-Versicherten zu verankern.

Neudefinition von Arbeitslosigkeit

... um den beruflichen Realitäten von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden, insbesondere jenen mit verschiedenen Beschäftigungsformen, gerecht zu werden;

... um zu verhindern, dass Selbstständigkeit zur Armutsfalle wird bzw. um dafür zu sorgen, dass sich Arbeitswille und Arbeitslosengeldbezug nicht wechselseitig verhindern.

Existenzsichernde Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung

... um Erwerbsarbeitslosen zu ermöglichen, die Suche nach neuen Jobs ohne Existenzangst zu betreiben.

Einrichtung umfassender Beratungsstellen mit rechtsmaterien- und institutionenübergreifender Expertise ohne Sanktionsandrohung

... insbesondere rund um Sozialversicherung (v.a. bei verschiedenen Beschäftigungsformen), Arbeitslosenversicherung, Ausländerbeschäftigungsgesetz sowie andere arbeits- und sozialrechtliche Anliegen inkl. diverser spezieller Regelungen für Kunstschaffende;

... insbesondere für Personen in schnell wechselnden Tätigkeiten und Beschäftigungsformen;

... um zu verhindern, dass etwa hilfreiche Unterstützung oder Spezialregelungen sich kontraproduktiv in anderen Bereichen der individuellen sozialen Absicherung auswirken;

... um den Betroffenen zu ermöglichen, ohne Druck unterschiedlicher Institutionen die jeweils bestmögliche Entscheidung zu treffen.

Weiterentwicklung grundlegender struktureller Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von selbstständiger und angestellter Tätigkeit

... um den zeitgenössischen multiplen Erwerbssituationen gerecht zu werden.

Regelmäßige Untersuchung der sozialen Lage von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden

... um auf negative Entwicklungen zeitnah reagieren zu können.

Kunst- und Kulturverwaltung wie -förderung weiterentwickeln

Signifikante Erhöhung des Budgets für zeitgenössische Kunst auf mindestens 0,5% des Staatshaushaltes und regelmäßige Valorisierung von Förderungen im gesamten Sektor

... um dem zeitgenössischen Kunstschaffen den Stellenwert zu geben, den es verdient;

... um zu einer Politik des Ermöglichens zurückzukehren;

... um auch Innovation und Experimentellem ausreichend Spielraum zu schaffen;

... um die jahrelange Nichtabgeltung der Inflation zu kompensieren (also den ständigen Finanzierungsmangel abzustellen).

Bekenntnis zur Notwendigkeit fairer Bezahlung in der Kunst-, Kultur- und Medienförderung, ... um zu verhindern, dass öffentliche Förderstellen auch weiterhin zur Schaffung eines Niedriglohnssektors beitragen.

Finanziellen Ausgleich schaffen für die budgetäre Aushungerung des freien Bereichs durch die Ansprüche von Großeinrichtungen aufgrund ständig steigender Fixkosten ... um dem drohenden „Braindrain“ der freien Kreativen entgegenzuwirken, ohne die eine lebendige Kunst- und Kulturszene undenkbar ist.

Grundlegende Transparenz in der Fördervergabe und vor allem auch bei Förderablehnung einführen ... um neben einer dadurch verbesserten Planbarkeit für FörderwerberInnen auch öffentliche Nachvollziehbarkeit zu ermöglichen.

Verankerung von Diversitätskriterien in der Kunstförderung, die auch wirksam für die Vergabe von Mitteln sein müssen, sowie Förderung für (Selbst-)Organisationen und Projekte zu Gleichstellung und Emanzipation ... um eine der gesellschaftlichen Zusammensetzung entsprechende Verteilung der verfügbaren Mittel zu erreichen bzw. jedwede Bemühung dahingehend zu unterstützen.

Genderparitätische Besetzung von Beiräten und entscheidungsbefugten Gremien sowohl in der Fördervergabe als auch bei Stellenbesetzungen ... um endlich sicherzustellen, dass Entscheidungen über Geld und Posten keine Angelegenheit unter Männern sind.

Ausbau und Erhalt kultureller Vielfalt

Freiheit der Kunst und der Kunst ihre Freiheit: Kritik ist notwendiger Bestandteil jeder gesellschaftlichen Auseinandersetzung, daher braucht es Strukturen und Räume für kritische und non-konforme Kultur- und Medienarbeit – und eine ausreichende finanzielle Dotierung dafür ...um eine Gleichschaltung des Denkens und eine Gleichförmigkeit des kulturellen Ausdrucks zu verhindern.

Konsequente Umsetzung der „UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ ... zur Sicherung eines Umfelds, in dem sich ein breites Spektrum an Kunst und Kultur frei entfalten kann und vor einer rein ökonomischen Betrachtungsweise geschützt ist.

Reise- und Bewegungsfreiheit, nicht nur, aber insbesondere für Kunst-, Kultur- und Medienschaffende. Notwendig sind dringende Verbesserungen in der Visavergabe und -politik sowie im Aufenthalts-, Beschäftigungs- und Einbürgerungsrecht ... um zu verhindern, dass Bürokratie und institutioneller Rassismus über die Teilnahme von KünstlerInnen am kulturellen Leben und Austausch entscheiden, und um die Verpflichtungen aus der „UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ zu erfüllen.

Globaler Handel für die Menschen, nicht für Konzerne. CETA, TTIP, TISA gehören gestoppt ... um auch in Zukunft kulturelle Vielfalt zu ermöglichen. Wer Kunst und Kultur nur mit ökonomischen Kriterien in den Blick bekommt, verliert zentrale Inhalte und wichtige Beiträge für die gesellschaftliche Entwicklung.

Darüber hinaus braucht es...

... eine strukturelle Einbeziehung der Zivilgesellschaft: Eine konsequente Einbeziehung der Expertise von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden sowie ihrer Interessenvertretungen in kulturpolitische Entscheidungsprozesse muss selbstverständlich sein. In diesem Sinne müssen strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft für eine transparente, faktenbasierte und partizipative Politikgestaltung entwickelt und etabliert werden!

... sowie ein bedingungsloses existenzsicherndes Grundeinkommen für alle!

Weiterführende und vertiefende Information:

42 Monate IMAG

(Themen- und Forderungssammlung als Bilanz nach über drei Jahren Mitarbeit in interministeriellen Arbeitsgruppen, Dezember 2012)

-> <http://kulturrat.at/agenda/imag/presse/42monateIMAG>

Stopp CETA | TTIP | TISA!

Kurzinformation zum Verhältnis Kunst/Kultur und globalen Handelsabkommen

-> <http://kulturrat.at/agenda/ttip/20150416>

-> englisch: <http://kulturrat.at/agenda/ttip/stopttip>

Unselbstständig. Selbstständig. Erwerbslos.

Studie zu Problemen von Kunstschaffenden in der sozialen Absicherung aus juristischer und aus sozialwissenschaftlicher Sicht (Dezember 2017)

-> <http://kulturrat.at/agenda/sozialrechte/studie2017>

Maßnahmenpaket UrheberInnenvertragsrecht

-> <http://kulturrat.at/agenda/brennpunkte/20121010>

Forderungen zum KünstlerInnen*sozialversicherungsfondsgesetz

-> <http://kulturrat.at/agenda/sozialrechte/forderungen/ksvfg>

Maßnahmenkatalog des Kulturrat Österreich zur Arbeitslosenversicherung (für KünstlerInnen)

-> <http://kulturrat.at/agenda/ams/infoAMS/massnahmenAMS>

Forderungskatalog Mobilitätsbarrieren (Erstellt von der IG BILDENDE KUNST in Zusammenarbeit mit dem Kulturrat Österreich)

->

http://www.igbildendekunst.at/fileadmin/user_upload/IGBK_Dateien/igbk_online/politik/brennpunkte/imag/mobilitaetsbarrieren_forderungskatalog.pdf

Gemeinsame Forderungen kulturschaffender Frauen in Österreich (Frauen in Kunst und Kultur - Österreichweite Vernetzung)

-> <http://www.frauenkultur.at>

Grundeinkommen für alle! (Positionspapier)

-> <http://kulturrat.at/agenda/sozialrechte/forderungen/grundeinkommen>